

Eurospots



Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Aus dem Inhalt...

Februar 2006

- **EU-Haushalt für die Jahre 2007 - 2013**
- **Arbeitnehmer-Freizügigkeit in EU 25**
- **Hintergrund Dienstleistungsrichtlinie**
- **Lage der Europäischen Union**
- **Deutschland unter größten EU-Gewinnern**

Impressum

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
mgahler@europarl.eu.int

Regionalbüro Süd- und Westhessen
Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat bei Ihnen persönlich hoffentlich so begonnen, wie Sie es sich erhofft hatten.

Europapolitisch haben wir jedenfalls noch aus dem alten Jahr einen positiven „psychologischen Schub“ mitbekommen, weil sich die Regierungschefs auf dem EU-Gipfel unmittelbar vor Weihnachten auf eine gemeinsame Position für die finanzielle Vorausschau bis 2013 geeinigt hatten. Jetzt muss man sich auch mit dem Europäischen Parlament einigen.

Ich selber durfte im Auftrag des EP die Wahlen in Palästina beobachten und kann den reibungslosen technischen Ablauf in 12 Wahllokalen in und um Ramallah bestätigen. Das Wahlergebnis hat uns weniger erfreut. Als EU verlangen wir von Hamas, klarzustellen, wie sie zum Existenzrecht Israels steht, zum Nahost-Friedensprozess und zum Ende der Gewalt als Mittel der Politik. Fallen diese Antworten nicht innerhalb kurzer Zeit nach Regierungsübernahme eindeutig aus, wird es eine Finanzierung der Palästinensischen Autonomiebehörde durch die EU in der gegenwärtigen Form nicht mehr geben können.

Wie unmittelbar sich jeder von uns betroffen fühlt von Geschehnissen im Nahen Osten, zeigt das Schicksal unserer beiden entführten Landsleute im Irak. Wir hoffen gemeinsam auf Ihre sichere Rückkehr.

Die Reaktionen in der islamischen Welt auf die Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung haben uns aufgeschreckt, zeigen sie doch, wie schnell eine Mischung aus religiöser Empörung, Minderwertigkeitskomplexen, mangelnden demokratischen Ventilen im Alltagsleben und vorsätzlicher Manipulation durch bestimmte Regierungen gegen „die Europäer“ verwendet werden kann. Das ist das Ziel islamistischer Fundamentalisten, und wir müssen uns fragen: Hatte Samuel Huntington früher als vorausgesagt Recht mit seiner Prognose vom „Clash of Civilisations“? Arbeiten wir gemeinsam mit allen Menschen guten Willens gegen diese düstere Perspektive. Vielleicht erkennen wir als Europäer angesichts dieser Herausforderung wieder besser, wie sehr wir als Schicksals- und Wertegemeinschaft aufeinander angewiesen sind.

Auf bald in Hessen und Europa !

Ihr

EU-Haushalt für die Jahre 2007 - 2013

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 541 Stimmen ist das Europäische Parlament im Januar dem EP-Generalberichterstatter Reimer Böge (CDU) gefolgt und hat den Vorschlag des Europäischen Rates zur so genannten EU-Finanzperspektive abgelehnt. Dem Parlament geht es nicht allein um mehr Geld, sondern um den richtigen Dreiklang aus Finanzmitteln, Reformen und politischen Prioritäten.

Es bemängelt, dass sich der Europäische Rat auf die traditionellen Politikbereiche konzentriert hat, die von den Mitgliedstaaten verwaltet werden, und nicht diejenigen Politikbereiche in den Vordergrund gestellt hat, in denen die Europäische Union neue Herausforderungen bewältigen und einen europäischen Mehrwert für die Bürger entwickeln kann. Die Reduzierung der Finanzmittel im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung, entgegen allen Beteuerungen sämtlicher EU-Organe zur Lissabonner Strategie, sowie die Einschnitte im Hinblick auf Bürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht sowie für Außen- und Entwicklungspolitik sind unannehmbar. Die Mitgliedstaaten haben um ihre nationalen Interessen gekämpft, anstatt sich für die europäische Dimension einzusetzen, und waren nicht in der Lage, die wichtige Reform der EU-Einnahmen in Angriff zu nehmen.

Immerhin soll die Kommission bis 2008/2009 Vorschläge sowohl für die Beseitigung des Britenrabatts als auch die weitere Reform der Agrarpolitik machen (sogenannte Revisionsklausel).

Es ist deshalb nun am Rat, sich zu bewegen; doch bislang hat er noch nicht einmal der österreichischen Präsidentschaft ein Verhandlungsmandat erteilt.

Die Parlamentarier ihrerseits können selbstbewusst in die Verhandlungen gehen. Sie haben ihre Hausaufgaben gemacht: Die Vorschläge des Parlaments für Haushaltsvolumina und die zukünftige Politik und Arbeit der EU liegen schon seit dem Sommer 2005 auf dem Tisch. Im Falle einer Nichteinigung mit dem Parlament ergibt sich aus den europäischen Verträgen ein Gesamtumfang von 1,10 % des EU-Brutto-Nationaleinkommens für den zukünftigen EU-Haushalt bis 2013. Der Ratskompromiss vom Dezember 2005 liegt bei 1,045 %.

In Sachen Reformen ist die tiefgreifende Überarbeitung der Haushaltsordnung der Europäischen Union ein wichtiges Anliegen des Parlaments. Die geltende Haushaltsordnung ist zu schwerfällig, zu unständig, zu teuer. Sie macht aus der EU einen bürokratischen Moloch, der den Zugang zu Fördergeld unnötig erschwert. Die jetzige Haushaltsordnung ist 3 Jahre alt und wesentlich von übergroßer Vorsicht aufgrund der Finanzskandale der Santer-Kommission geprägt.

Bericht zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer nach Osterweiterung

Die Tür für Arbeitnehmer der neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas zu öffnen, hatte überwiegend positive Konsequenzen. Eine Einwanderungswelle blieb aus. Zu diesem Ergebnis kommt die EU-Kommission in ihrem ersten Bericht zur Mobilität der Arbeitnehmer seit der EU-Erweiterung 2004. Nur Großbritannien, Schweden und Irland verzichten bislang vollständig auf Übergangsfristen.

Bis zum 30. April können sich auch die anderen Mitgliedstaaten - darunter Deutschland - entscheiden, ihre Arbeitsmärkte ganz oder teilweise zu öffnen. Der zuständige EU-Kommissar Vladimir Spidla forderte sie auf, "sorgfältig abzuwägen, ob die Übergangsregelungen angesichts der Entwicklung ihrer Arbeitsmärkte und der Erkenntnisse aus diesem Bericht noch erforderlich sind". Der Bericht belegt: Offene Arbeitsmärkte tragen zum Wirtschaftswachstum bei. In Großbritannien, Irland und Schweden ist die Arbeitslosigkeit seit 2004 gesunken. Die Arbeitnehmer aus den EU10 sind im Schnitt gut qualifiziert. Sie helfen mit, Arbeitsmarktengpässe auszugleichen. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Übergangsfrist zu verlängern.

Kuriose Hindernisse für Beschäftigung - Hintergrund zur Dienstleistungsrichtlinie

Der Dienstleistungssektor ist Motor bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dabei bleiben allerdings Chancen im EU-Binnenmarkt häufig ungenutzt. Zu groß sind die bürokratischen Hürden vor allem für kleine und mittelständische Firmen. Der Europäische Gerichtshof hat in mehr als 140 Urteilen Verstöße gegen die Dienstleistungsfreiheit auch deutscher Unternehmen ausgemacht. Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie sieht vor, solche Hemmnisse abzubauen.

Nach einer Studie des unabhängigen Forschungsinstituts Copenhagen Economics würde die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie unmittelbar

600.000 Stellen schaffen - 100.000 davon in Deutschland. Da erstaunt es nicht, dass der österreichische EU-Ratsvorsitz die Richtlinie im Rahmen der Lissabon-Strategie zur Priorität erklärt hat.

Bürokratische Hürden sollen auf den Prüfstand. Die Richtlinie regelt vor allem zwei Bereiche: die Niederlassungsfreiheit von Dienstleistungsfirmen und den zeitlich befristeten Einsatz im EU-Ausland. Behördliche Anforderungen sollen darauf geprüft werden, ob sie mit der EU-Dienstleistungsfreiheit vereinbar sind. Ausgenommen sind alle Verkehrs- und Finanzdienstleistungen und solche, die nicht Teil des Wirtschaftslebens sind. Dazu gehören die öffentliche Verwaltung, staatliche Bildungsaufgaben sowie der städtische Verkehr. Weitere Ausnahmen in sensiblen Bereichen können im Zuge der Beratungen hinzukommen.

Kuriose Auflagen schrecken den Mittelstand ab. Bei der Dienstleistungsfreiheit liegt einiges im Argen:

- Will ein deutscher Malermeister aus Aachen im nur zehn Kilometer entfernten belgischen Eupen arbeiten, dann muss er seine Werkzeuge in einem dort zugelassenen Wagen transportieren.
- Benutzt er Kräne, so ist er verpflichtet, sie alle drei Monate technisch in Belgien prüfen zu lassen, auch wenn der TÜV sie schon kontrolliert hat.
- Im Fall eines Augenoptikers aus dem Rheinland erkennt die belgische Gesundheitsbehörde den deutschen Meisterbrief nicht an. Er kämpft seit acht Monaten darum, eine Filiale eröffnen zu können.
- In Frankreich müssen Service-Techniker aus anderen EU-Ländern acht Tage vorher angemeldet werden, auch wenn sie dort nur kurzfristig einen Defekt beheben wollen.

Die Liste dieser Beispiele ließe sich fortsetzen. In einer Befragung der EU-Kommission gab ein Elektronunternehmen an, allein für die Klärung rechtlicher Bedingungen bei Dienstleistungen in fünf Ländern 100.000 € ausgegeben zu haben!

Behörden sollen zur Zusammenarbeit verpflichtet werden, damit Dienstleister künftig einfacher in einem anderen EU-Staat ihrer Arbeit nachgehen können. Die Richtlinie sieht vor, dass Verwaltungen grenzüberschreitend zusammenarbeiten - von einem einheitlichen Ansprechpartner über elektronische Verfahren bis hin zur Verpflichtung der Behörden, über Anträge in einem bestimmten zeitlichen Rahmen zu entscheiden. Vorbild ist der

“One-Stop-Shop”. Ausländische Anbieter dürfen nicht gegenüber der einheimischen Konkurrenz benachteiligt werden. In einer Liste sind unerlaubte Hindernisse für den Marktzugang aufgeführt.

Dabei rüttelt die Richtlinie nicht an Sozialstandards. Unternehmen sollen zeitlich befristete Dienstleistungen in einem anderen EU-Land auf Basis der Regeln ihres Heimatlandes ausführen dürfen, müssen aber die Vorgaben zum Verbraucher- und Umweltschutz sowie zum Arbeitsrecht im Zielland einhalten.

Deutschland hat dabei wenig zu befürchten, aber viel zu gewinnen. Bei uns gibt es kaum Marktzutrittsbarrieren für ausländische Dienstleister, die aufgrund der Richtlinie hinfällig würden. Im Gegenteil: Für deutsche Unternehmen verbessern sich die Geschäftsmöglichkeiten im Rest der EU.

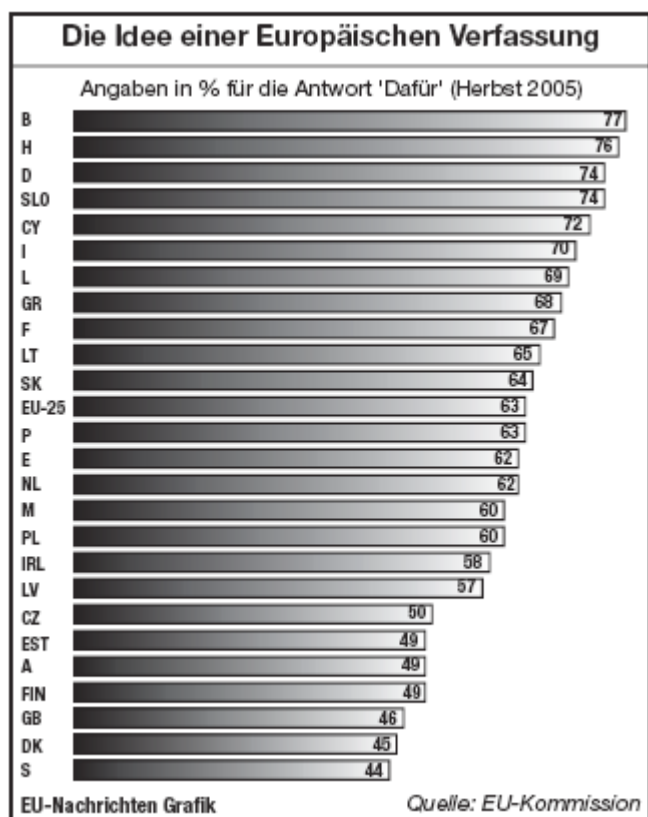
Studie “EU-25 Watch” zur Lage der Union

Die Europäische Union befindet sich nach der “Verfassungskrise” von 2005 in einer Reflexionsphase. In den meisten Mitgliedstaaten jedoch herrscht eher eine Haltung des Abwartens und Beobachtens vor. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie “EU-25 Watch” des Instituts für Europäische Politik (IEP) in Berlin. Der Schock über das Scheitern des EU-Verfassungsvertrags habe bisher nicht zu kreativen Ideen und produktiven Beiträgen geführt, so das Fazit. In den Niederlanden etwa wurde laut Studie nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags eine breite öffentliche Debatte angekündigt. Doch bevor sie wirklich begann, scheiterte sie an einem Streit zwischen Regierung, Parteien und Parlament um den Führungsanspruch.

An der Studie haben sich 28 Forschungsinstitute aus allen EU-Mitgliedstaaten, Bulgarien, Rumänien, Kroatien und der Türkei beteiligt. Die mangelnde Reflexion wird mehrheitlich auf eine “Führungskrise” auf nationaler und EU-Ebene zurückgeführt. Mit dem Abwarten der Regierungen geht ein Vertrauensverlust einher, der die Kluft zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung wachsen lässt. Im Mai 2005 haben zwar in Deutschland Bundestag und Bundesrat den EU-Verfassungsvertrag ratifiziert. Die öffentliche Meinung war jedoch bereits gekippt: Im Juni 2005, nach dem “Nein” der Niederländer und Franzosen, lehnten 44 Prozent der Deutschen den EU-Verfassungsvertrag ab und übertrafen damit erstmals die Zahl der Befürworter, moniert die Studie. Der Idee einer Europäischen Verfassung stimmten

im Herbst 2005 jedoch 74 Prozent der Deutschen zu (siehe Grafik).

Ziel der Studie ist es, die nationalen Debatten über die Zukunft Europas in ihrer Vielfalt darzustellen. Dazu wurden innerstaatliche Präferenzen und Einstellungen zu wichtigen europapolitischen Themen analysiert. Zudem wird eine große Heterogenität bei der Modernisierung und Umsetzung von Reformen festgestellt, die das Institut an Hand von Themen wie der EU-Erweiterung, der Lissabon-Strategie und der Finanzielle Vorausschau 2007-2013 beobachtete. Das Fehlen einer simultanen Entwicklung in den EU-Mitgliedstaaten verhindere konkrete Maßnahmen und effektive Programme auf EU-Ebene, so das Fazit der Studie.



Deutschland gehört zu den größten EU-Gewinnern

Die Meinung der Bundesbürger über die EU und ihr nachweislicher Nutzen für Deutschland klaffen weit auseinander. Dies zeigt ein Vergleich des aktuellen nationalen Eurobarometers und einer neuen Studie zu Kosten und Nutzen der EU für Deutschland.

Laut Eurobarometer halten es 53 Prozent der Befragten für eine gute Sache, dass Deutschland EU-Mitglied ist. Für 74 Prozent ist die Mitgliedschaft essentiell für die Exportwirtschaft. Eine der

Haupt Sorgen ist die Verlagerung von Arbeitsplätzen. 84 Prozent machen die EU für den Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland verantwortlich.

Dabei profitiert Deutschland von der EU-Erweiterung. Der Arbeitsmarkt in Europa ist kein Kuchen, dessen Stücke Deutschland weggenommen und an andere EU-Länder verteilt werden. Die Kosten-Nutzen-Studie weist im Gegenteil nach, dass Deutschland zu den größten EU-Gewinnern gehört: 33,8 Prozent ist unser Anteil an der Einkommenssteigerung durch die EU-Osterweiterung.

Exportboom nach Osteuropa: Insgesamt haben sich die deutschen Exporte in die EU-Staaten von 2000 bis 2004 um 25 Prozent erhöht; die Ausfuhren in die acht osteuropäischen Beitrittsländer stiegen im gleichen Zeitraum sogar um 34 Prozent - kein anderer EU-Staat kann auf solche Zuwachsraten verweisen. Deutschlands Stärke liegt dabei zunehmend im Bereich der Spitzentechnologie. Ihr Exportanteil steigt. Umgekehrt sinkt der Anteil nicht forschungsintensiver Industriebranchen. Die Studie belegt: Der Handel mit den neuen EU-Staaten verstärkt schon seit Jahren den Strukturwandel. Deutschland hat dadurch Wettbewerbsvorteile bei wissens- und technologieintensiven Produkten und Dienstleistungen gewonnen.

Der Nettobeitrag zum EU-Haushalt lag 2004 bei 7,1 Mrd. €. Das sind rund 0,33 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Deutschland ist damit absolut gesehen größter EU-Beitragszahler. Pro Kopf lag der Beitrag im Jahr 2004 mit 87 € aber auf Platz 3, hinter den Niederlanden und Schweden. Dem gegenüber bringt der EU-Binnenmarkt dauerhaft ein Wachstum zwischen 0,6 und 0,8 Prozent des BIP. Auch wenn Deutschland größter Nettozahler bleibt: die wirtschaftlichen Vorteile des Binnenmarktes wiegen dies auf. Für Deutschland als Exportnation hat auch die Einführung des Euro Wachstum gebracht. Die gemeinsame Währung erleichterte den Handel durch höhere grenzüberschreitende Investitionen, einen attraktiven Kapitalmarkt für internationale Investoren und eine größere Währungsstabilität als zu D-Mark-Zeiten.

Allerdings: Um den Vorsprung im Binnenmarkt zu halten, sind Reformen dringend geboten: In Aus- und Weiterbildung, angewandte und Grundlagenforschung, Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss mehr investiert werden. Gleichzeitig sollten sich die deutschen Märkte konsequenter den mittel- und osteuropäischen Ländern öffnen.

Fazit: Europa ist nicht die Ursache für Deutschlands wirtschaftliche Lage - Europa ist Teil der Lösung.